

[OVERTON] Magazin

Suchen



Polen und Litauen würden helfen, geflüchtete Wehrpflichtige in die Ukraine abzudrängen

25. April 2024

Florian Rötzer

89 Kommentare



Fröhlich in den Krieg? [Propagandabild](#) des ukrainischen Verteidigungsministeriums

Die Ukraine braucht dringend Männer im wehrpflichtigen Alter aus dem Ausland. Da gibt es Solidarität, schließlich muss die Ukraine mit ihren

Menschen den Westen verteidigen.

Der französische Präsident Macron hatte schon angesichts des schwächernden ukrainischen Militärs laut angedacht, dass die Nato-Staaten Truppen in die Ukraine verlegen könnten. Das wurde allseits abgelehnt, man will bei der Arbeitsteilung bleiben, Waffen, Ausbildung und Geld zu liefern, während die Ukraine die Soldaten stellt, die kämpfen und sterben müssen. Weil der Ukraine die Soldaten ausgehen, wurde nach langen Zögern ein Mobilisierungsgesetz verabschiedet, das im Mai in Kraft tritt. Das soll auch dazu dienen, die wehrfähigen ukrainischen Männer, die schon vor dem Krieg im Ausland lebten oder die dorthin flohen, um nicht eingezogen zu werden, in den Militärdienst zu zwingen ([Ukraine zieht die Schrauben für wehrpflichtige Männer im Ausland an](#)).

In der Ukraine drängen Soldaten, die seit Beginn des Kriegs an der Front sind, und ihre Angehörigen darauf, dass sie ausgewechselt werden. Die Demobilisierung nach drei Jahren war auch im Gesetz vorgesehen, wurde aber wieder gestrichen und eine Regelung verschoben, weil sonst die Front zusammenbrechen würde. Natürlich gärt auch die Wut derjenigen, die für die Ukraine und für den Westen kämpfen oder verletzt wurden, gegen die „Kriegsdienstverweigerer“ oder „Drückeberger“ im Land und im Ausland. Auf genügend Freiwillige kann das Militär nicht zurückgreifen, die Lust am Krieg entdecken wohl auch nicht mehr viele Ausländer, um in die Internationale Liga einzutreten.

Jetzt sollen die Männer im Ausland zwischen 18 und 60 Jahren dazu genötigt werden, sich dem Militärdienst zu stellen oder damit zu rechnen, dass sie bei einer späteren Rückkehr bestraft werden. Bis zum Inkrafttreten des Mobilisierungsgesetzes werden Männern konsularische Dienste verweigert und keine Pässe mehr ausgestellt oder verlängert. Sie müssen sich wie die Männer in der Ukraine bei den Wehrämtern ICC registrieren und künftig einen Militärausweis bei sich führen.

Da viele ukrainische Männer auch deswegen geflohen sind, um nicht eingezogen zu werden, dürfte der Druck die Tendenz verstärken, im Ausland zu bleiben. Da gibt es Regierungen und Politiker, die nicht nur mit der Ukraine solidarisch sein wollen, indem immer mehr Waffen für eine Verlängerung des Kriegs mit dem Zwang, den Krieg gewinnen zu müssen, geliefert werden. Sie wollen auch darin solidarisch sein, die ukrainischen Männer an ihre vermeintliche Bürgerpflicht nicht nur zu erinnern, sondern auch auf sie Druck auszuüben, zurückzukehren, was heißt, man schickt dann den einen oder anderen in den Tod, weil die Ukrainer möglichst lange kämpfen sollen und es für die Nato-Staaten keine Alternative dazu gibt.

Das ist zum Beispiel der polnische Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident Wladyslaw Kosiniak-Kamysz. Er sagte am Mittwoch, die Ukraine tue alles, „um neue Soldaten an die Front zu bringen, denn der Bedarf ist riesig“. Dann versuchte er, die Unzufriedenheit in Polen über die Ukrainer zu bedienen: „Ich denke, dass viele unserer Landsleute empört waren und sind, wenn sie junge ukrainische Männer in Cafés sehen und hören, wie viel Mühe es kostet, der Ukraine zu helfen.“ Auch die Ukraine an der Front würden sich berechtigt über ihre Landsleute im Ausland beschweren. Schon vor langer Zeit habe Polen der Ukraine vorgeschlagen, bei der Identifizierung derjenigen zu helfen, die militärisch verpflichtet sind und in die Ukraine gehen sollten: „Das ist eine Bürgerpflicht.“ Das hänge aber von Ukraine ab. Man ist also willens, Wehrpflichtige abzuschieben.

In Litauen sagen nach einer aktuellen Umfrage 56 Prozent, dass ihr Land keine Truppen in die Ukraine entsenden soll, 15 Prozent befürworteten das, wenn andere Nato-Staaten dabei sind, 3,5 Prozent sprechen sich für einen militärischen Einsatz litauischer Soldaten in der Ukraine aus. Der litauische Verteidigungsminister Laurynas Kasčiūnas beeilte sich mit der Erklärung, dass das Umfrageergebnis nicht die Entscheidung beeinflussen dürfe, Truppen in die Ukraine zu senden: „Entscheidungen sollten nicht nach populistischen Punkten getroffen werden. Sie müssen der Ukraine helfen, den Krieg zu gewinnen. Wir müssen eine ganz einfache Sache verstehen: Wenn die Ukrainer zerbrechen, werden die Russen zu uns kommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Ukraine zerbricht.“

Dazu müssten auch die ukrainischen Männer ins Land und an die Front zurückkehren. Kasčiūnas sagt, Litauen sei bereit zur Mithilfe. Es gehe nicht darum, die wehrpflichtigen Männer aufzufordern, in die Ukraine zurückzugehen. Litauen beobachte, was Polen an Maßnahmen ergreift, bevor man das selbst macht. In Polen werde diskutiert, den Zugang zu sozialen Leistungen, Arbeitsgenehmigungen und Dokumenten zu beschränken, um den Druck zu erhöhen.

Der Bundestagsabgeordnete Florian Hahn (CSU), selbst noch im wehrpflichtigen Alter nach ukrainischem Verständnis, bleibt natürlich in Deutschland, fordert aber gleich wieder, dass die Bundesregierung endlich die Taurus-Raketen liefern soll, da doch die USA auch ATACMS der Ukraine übergeben. Schon im März sprach er sich dafür aus, den wehrpflichtigen ukrainischen Männern das Bürgergeld zu kappen, das über 125.000 beziehen würden: „Diese Bürgergeldzahlungen konterkarieren indirekt die ukrainischen Verteidigungsanstrengungen und befinden sich auch mit unserem Verständnis von Wehrpflicht und Verteidigung des eigenen Landes nicht im Einklang.“ Die Zahlung des Bürgergelds würde zudem den „Wehrwillen“ beschädigen, der für die geforderte „Kriegstüchtigkeit“

notwendig sei.

Update: Die Biden-Regierung scheint noch unentschlossen, aber nicht ablehnend zu sein. Es sei eine „schwierige“ Frage, wie man mit Männern ausßerhalb der Ukraine umgehen muss, meinte Daniel Saizek, Sprecher des US-Außenministeriums und stellvertretender Direktor des US-Medienbüros in Brüssel, gegenüber Radio Liberty. „Es gibt bisher keine Entscheidung oder Position der US-Regierung, der Ukraine in diesem Bereich zu helfen oder nicht“, also bei der Rückführung der Männer zu helfen. Das sei eine Entscheidung der ukrainischen Regierung, sie müsse aber vorsichtig vorgehen. „Es ist klar, dass die Streitkräfte Menschen brauchen, um das Land zu verteidigen.“

Nachwort: Der Druck auf die ukrainischen Männer im Ausland wird zunehmen, die Mithilfe der Nato-Staaten vielleicht auch. Und wenn es mit der Auffüllung des ukrainischen Militärs nicht zufriedenstellt klappt, wird die Diskussion unter den alternativlosen Kriegsbefürwortern zunehmen, doch Nato-Truppen zu schicken. Schließlich kommt der Russe, fällt die Ukraine, dann angeblich gleich nach Europa einmarschiert, weswegen die Freiheit dann nicht mehr in Afghanistan, im Irak oder in Mali, sondern in der Ukraine verteidigt werden muss.

Ähnliche Beiträge:

- [Kiesewetter \(CDU\) will ukrainische Männer in Deutschland an die Front schicken](#)
- [Der längste Krieg in Europa seit 1945](#)
- [„Je länger der Krieg dauert, umso mehr neigt sich das Geschehen zugunsten Russlands“](#)
- [Stand der militärischen Lage in der Ukraine Anfang Juni](#)
- [General a. D. Harald Kujat: „Die Lieferung von Taurus wäre ein weiterer Schritt in Richtung Europäisierung des Krieges“](#)

teilen

teilen

teilen

E-Mail

teilen



Unterstützen Sie das Overton Magazin und seine Unabhängigkeit!

Schlagwörter: [Kriegsdienstverweigerer](#), [Litauen](#), [Mobilisierung](#), [Polen](#), [Ukraine-Krieg](#), [Wehrpflichtige](#)

89 Kommentare